

Zur Entwicklung von Löhnen, Gewinnen und Kapitalrendite in der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Hartmut Görgens, geb. 1939 in Düsseldorf, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln. Ab 1964 wissenschaftlicher Referent im Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen. 1968/1969 Fachassistent der SPD-Bundestagsfraktion für die Finanzreform. Seit Herbst 1969 in der Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB-Bundesvorstandes, Leiter des Referats „Konjunktur- und Wachstumspolitik, Beschäftigungspolitik, gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung, Außenwirtschaftspolitik“.

Nach wie vor wird von Arbeitgeberverbänden¹ und in manchen wirtschaftspolitischen Gesprächsrunden ebenso wie an Stammtischen das angeblich zu hohe Lohnniveau, die vermeintlich immer noch nicht ausreichenden Gewinne und vor allem die angeblich im Vergleich zu früheren Vollbeschäftigungszeiten zu niedrige Rentabilität der Investitionen als eine der Hauptursachen für die hartnäckig anhaltende Massenarbeitslosigkeit angeführt.

Die Unternehmer und ihre Interessenvertreter in Politik, Verbänden und Medien spekulieren offenbar darauf, daß die breite Öffentlichkeit die dauerhafte Massenarbeitslosigkeit und die hohe Zahl der Firmenpleiten mit unzureichender Gewinnhöhe und Rentabilität gleichsetzt und die Einkommensopfer der Arbeitnehmer und den Sozialabbau für Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslose weiterhin als Vorleistung für die Bekämpfung der Arbeitsmarktkrise ansieht.

Nach dem neoliberalen Glaubenssatz tendiert die Marktwirtschaft immer zur Vollbeschäftigung, wenn die Löhne nur niedrig und die Gewinne nur hoch genug sind. Wirtschaftliche Nachfrage und Bedürfnisse gebe es hinreichend, Produktionsmöglichkeiten eröffneten sich beim Wiederanstieg der Rentabilität der Investitionen zuhauf; Arbeit sei also genug da, wenn sie eben nicht so teuer wäre. Und es wird der Umkehrschluß gezogen, daß Massenarbeitslosigkeit nur die Folge zu hoher Löhne beziehungsweise zu niedriger Gewinne sein könne.

Angesichts der in den letzten Jahren immer häufiger veröffentlichten Rekordgewinne vieler Großunternehmen läßt sich mittlerweile der enorme Gewinnzuwachs in der Gesamtwirtschaft nicht mehr verbergen. Die Unter-

¹ Zwanzig-Punkte-Programm der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: „Für mehr Beschäftigung“, Köln 1985, S. 16 und „Innovationen für mehr Wachstum und Beschäftigung“ - Ein wirtschaftliches Konzept des Bundesverbandes der Deutschen Industrie“, Köln 1986, S. 33.

nehmervertreter verlegen sich deshalb auf die Behauptung, dennoch sei die Kapitalrendite, das heißt das Verhältnis von Gewinnen zu deutlich gestiegenem Kapitaleinsatz, immer noch zu niedrig und niedriger als in früheren Zeiten.

Es läßt sich allerdings mit Fakten belegen, daß die derzeitige Massenarbeitslosigkeit keineswegs durch ein zu hohes Lohnniveau und mangelnde Rentabilität verursacht ist.

Bruttolohnquote auf Tiefstand

Ein Kennzeichen für die Entwicklung von Löhnen und Gewinnen bildet der Verlauf der Bruttolohn- und Bruttogewinnquote, wie er in Tabelle 1 dargestellt wird. Die Bruttolohnquote ist der Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. Das Volkseinkommen seinerseits setzt sich aus den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zusammen. Bruttolohn- und Bruttogewinnquote zusammen ergeben also immer 100 Prozent. Im Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ist nicht nur die Bruttolohn- und -gehaltssumme enthalten, sondern auch alle sogenannten Lohnnebenkosten, wie Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, vermögenswirksame Leistungen, freiwillige Sozialleistungen der Unternehmen und anderes.

Tabelle 1:

Entwicklung der Bruttolohn- und Gewinnquoten in der Bundesrepublik Deutschland – in Prozent –

Jahr	Bruttolohnquote ¹		Bruttogewinnquote ¹	
	tatsächlich	struktur-bereinigt ²	tatsächlich	struktur-bereinigt ²
1960	60,1	65,0	39,9	35,0
1965	65,3	67,3	34,7	32,7
1970	68,0	68,0	32,0	32,0
1975	73,1	71,5	26,9	28,5
1980	73,3	69,9	26,7	30,1
1981	74,4	70,9	25,6	29,1
1982	73,8	70,5	26,2	29,5
1983	71,6	68,6	28,4	31,4
1984	70,5	67,5	29,5	32,5
1985	69,5	66,5	30,5	33,5
1986	68,6	65,5	31,4	34,5

1 Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit bzw. des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen.

2 Bereinigt vom Einfluß, der sich aus der Änderung der Arbeitnehmerquote bzw. Selbständigenquote ergibt. Die Quoten des Jahres 1970 werden über alle Jahre hinweg konstant gehalten.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die tatsächliche Bruttolohnquote ist seit 1981 deutlich gesunken. Sie lag 1986 um fast 6 Prozentpunkte unter dem Wert von 1981 und auf der Höhe des Vollbeschäftigungsjahres 1970. Entsprechend war die tatsächliche Bruttoge-

winnquote im Jahre 1986 bei Massenarbeitslosigkeit so hoch wie im Jahre 1970, als die Arbeitgeber sogar von Überbeschäftigung sprachen.

Diese tatsächlichen Quoten tragen allerdings nicht dem steigenden Anteil der Arbeitnehmer oder dem sinkenden Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen Rechnung. Denn bei einem Anstieg der Zahl der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen erhöht sich normalerweise die Lohnsumme und deren Anteil am Volkseinkommen, selbst bei nichtsteigenden Pro-Kopf-Löhnen. Entsprechendes gilt umgekehrt für die Bruttogewinnquote bei abnehmender Zahl der Selbständigen. Aus diesem Grunde wurde in der zweiten und vierten Spalte der Tabelle 1 der Einfluß der Veränderung des Anteils der Arbeitnehmer beziehungsweise Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ausgeschaltet. Die Arbeitnehmer- und die Selbständigenquote wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten, und man erhält auf diese Weise die sogenannte strukturbereinigte Lohn- beziehungsweise Gewinnquote.

Diese strukturbereinigte Lohnquote war im Jahre 1986 niedriger als 1970 und nur so hoch wie im Jahre 1960. Umgekehrt lag die bereinigte Gewinnquote 1986 merklich über dem Wert von 1970 und war so hoch wie 1960.

Erstes Fazit: Anfang der sechziger und Anfang der siebziger Jahre herrschte Vollbeschäftigung. Heute besteht bei gleichen Lohn- beziehungsweise Gewinnquoten anhaltende Massenarbeitslosigkeit.

Gewinne eilten Löhnen davon

Die Tabelle 1 legt bereits nahe, daß die Gewinne den Löhnen insbesondere in den letzten Jahren davongeeilt sind. Dies wird durch die Darstellung der Entwicklung der Nettolohnsumme und der Nettogewinnsumme offenkundig, die in Tabelle 2 wiedergegeben wird. Dabei wurden die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bereinigt.² Denn in dieser Einkommensgröße sind auch die Vermögenseinkünfte, insbesondere die Zinseinkünfte der Selbständigen, Arbeitnehmer und Rentner enthalten. Sie wurden abgezogen. Ebenso wurden die Einkommen aus Wohnungsvermietung sowie der Landwirtschaft, Bundesbahn und Bundespost und des Staates herausgenommen, da das wirtschaftliche Verhalten in diesen Bereichen von anderen als „Markt“-Faktoren dominiert wird. Man gelangt so zu den eigentlichen unternehmerischen Gewinnen, deren angebliche Schwäche die Arbeitgeber und ihre politischen Verbündeten als Ursache für zu wenig Investitionen und für die Arbeitslosigkeit angeben. In den unternehmerischen Gewinnen sind auch die Nettoeinkommen der freien Berufe enthalten. Es wurde hier eine Nettoeinkommensrechnung erstellt, denn für die privaten Unternehmen ist es entscheidend, was nach Steuerzahlung netto an Gewinnen und Rendite übrigbleibt.

² Zum statistischen Bereinigungsverfahren siehe Görgens, Hartmut: „Ist die Ursache der Beschäftigungskrise eine Gewinn- und Rentabilitätskrise“, in WSI-Mittellungen, Heft 2/1986, S. 112 ff. Weitere Daten zu Löhnen, Gewinnen, Lohnstückkosten und Renditen in: „Gewinne eilten Löhnen davon“, in: Informationen zur Wirtschafts- und Umweltpolitik Nr. 4/1987, herausgg. vom DGB-Bundesvorstand.

Tabelle 2:
Entwicklung von Nettolöhnen¹ und Nettogewinnen²
in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Nettolohnsumme ¹		Nettogewinne ²		reale Nettolohnsumme je Arbeitnehmer		reale Nettogewinne je Selbständigen ³	
	in Mrd. DM	1965 = 100	in Mrd. DM	1965 = 100	1965 = 100	Verän- derung in Prozent	1965 = 100	Verän- derung in Prozent
1965	168	100	68	100	100,0	6,4	100,0	7,7
1966	178	106	67	99	102,3	2,3	95,5	- 4,5
1967	177	105	69	101	103,8	1,5	97,6	2,2
1968	187	111	78	115	107,3	3,4	109,3	12,0
1969	207	123	82	121	113,1	5,4	114,3	4,6
1970	239	142	95	140	123,8	9,5	130,4	14,0
1971	265	158	102	150	128,9	4,1	138,4	6,1
1972	291	173	108	159	133,9	3,9	139,1	0,5
1973	317	189	106	156	135,1	0,9	128,4	- 7,7
1974	342	204	109	160	138,3	2,4	124,5	- 3,0
1975	355	211	112	165	139,2	0,7	124,3	- 0,2
1976	370	220	130	191	139,1	- 0,1	141,6	13,9
1977	392	233	129	190	142,1	2,2	137,9	- 2,6
1978	422	251	154	226	147,5	3,8	162,2	17,6
1979	456	271	175	257	150,9	2,3	175,8	8,4
1980	487	290	177	260	150,8	- 0,1	170,5	- 3,0
1981	506	301	177	260	148,8	- 1,3	161,7	- 5,1
1982	511	304	179	263	145,5	- 2,2	154,5	- 4,5
1983	514	306	232	341	144,5	- 0,7	192,9	24,9
1984	523	311	253	372	143,5	- 0,7	204,2	5,9
1985	535	318	278	409	142,7	- 0,6	217,9	6,7
1986	564	336	308	453	148,9	+ 4,4	240,1	10,2

1 einschließlich Nettogehälter.

2 einschließlich Nettoeinkommen der freien Berufe; ohne Vermögenseinkommen der privaten Haushalte; ohne Staat, Wohnungsvermietung, Landwirtschaft, Bundesbahn und Bundespost.

3 ohne Landwirtschaft; einschließlich mithelfender Familienangehörigen.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Tabelle 2 macht deutlich, daß die Nettogewinne stärker schwanken als die Nettolöhne. Insgesamt haben sie jedoch erheblich stärker zugenommen als die Löhne.

Die reale Nettolohnsumme je Arbeitnehmer (Kaufkraft) ist in den sechs Jahren von 1979 bis 1985 Jahr für Jahr zurückgegangen. Der beachtliche Anstieg der Arbeitnehmerkaufkraft im Jahr 1986 hat diesen Rückgang noch nicht wettgemacht. Die reale Nettolohn- und -gehaltssumme war also im Jahre 1986 nur knapp so hoch wie vor sieben Jahren, obwohl in der Zwischenzeit das Bruttosozialprodukt je Arbeitnehmer um 12 Prozent höher ist als damals. Allerdings wurde die Arbeitszeit seit 1979 um 4,5 Prozent verkürzt. Die realen Nettogewinne je Selbständigen haben demgegenüber in diesem Zeitraum um 37 Prozent zugenommen.

Kapitalrendite auf Vollbeschäftigungsniveau

Da die Arbeitgebervertreter den enormen Gewinnanstieg in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit nicht mehr wegdiskutieren können, haben sie sich im verstärkten Maße auf die Behauptung verlegt, wegen des stark gestiegenen Kapitaleinsatzes sei trotz zunehmender Gewinne die Rentabilität beziehungsweise die Kapitalrendite - sie ist das Verhältnis von Gewinn zu Kapitaleinsatz - immer noch zu niedrig. Mit Bruttorenditeberechnungen, die sie aus für die Gesamtwirtschaft nicht repräsentativen und methodisch umstrittenen Bilanzdaten ermittelten, versuchen sie in zentralen Publikationen diese Behauptung darzulegen.

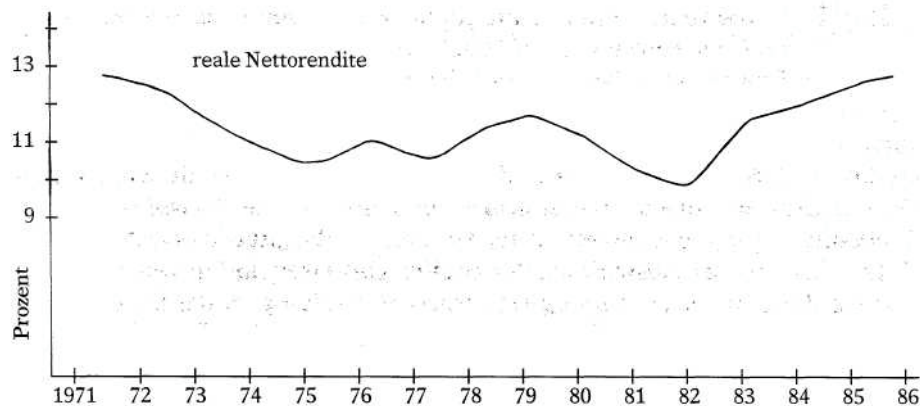
Diese Behauptung ist jedoch falsch, wie in Schaubild 1 nachgewiesen wird. Zur Ermittlung der Kapitalrendite wurden die nominalen bereinigten Nettoeinkommen auf das Nettoanlagevermögen (ohne Wohnungsbestand, Landwirtschaft, Bundesbahn und Bundespost) bezogen. Es handelt sich um Realrenditen, denn das Anlagevermögen wurde zu jeweiligen Wiederbeschaffungspreisen bewertet.

Die Rendite des Jahres 1986 liegt mit 13,1 Prozent des investierten Kapitals über der Rendite der Vollbeschäftigungsjahre 1971 bis 1973, in denen die Unternehmer sogar von Überbeschäftigung sprachen und in denen zum Ausgleich der rückläufigen Zahl deutscher Erwerbspersonen die Zahl der ausländischen Beschäftigten um 636 000 Personen zugenommen hatte.

Ein wie immer auch geartetes „Gesetz einer fallenden Profitrate“ ist für die mittelfristige Vergangenheit nicht erkennbar.

Schaubild 1:

Entwicklung der realen Netto-Kapitalrendite der Unternehmen¹ in der Bundesrepublik Deutschland – in Prozent –



¹ ohne Landwirtschaft, Wohnungsvermietung, Bundesbahn und Bundespost und ohne Vermögenseinkommen der privaten Haushalte

Dem Schaubild unterliegen von 1971 bis 1986 folgende Renditewerte (in Prozent):
12,6/12,1/10,9/10,1/9,3/10,2/9,5/10,7/11,3/10,2/9,2/8,7/11,0/11,5/12,2/13,1

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Die mittelfristige Stabilität der realen Netto-Kapitalrendite ist insofern bemerkenswert, weil das Nettoanlagevermögen real beachtlich zunimmt. So hat der Einsatz des Produktionsfaktors Kapital - gemessen am realen Kapitalstock - von 1971 bis 1985 um 63 Prozent zugenommen. Die Kapitalintensität (realer Kapitalstock je Erwerbstätigen) der Unternehmen ohne Wohnungsvermietung hat sich im Zeitraum 1971 bis 1985 sogar um 82 Prozent erhöht. Man hätte also durchaus erwarten können, daß die Realrendite tendenziell fallen würde. Jedoch ist es den Unternehmern immer wieder gelungen, bei ständig wachsendem Kapitalstock die Realrendite relativ konstant zu halten. Hinter diesem Sachverhalt verbergen sich gewaltige Vermögens- und Gewinnsteigerungen, die nur einem geringen Teil der Bevölkerung zugute kommen. So liegen die Netto-Realeinkommen der Arbeitnehmer zur Zeit noch unter dem Niveau von 1979, während die realen unternehmerischen Nettoeinkommen der Selbständigen im selben Zeitraum um 37 Prozent zugenommen haben.

Frühere Rentabilitätsrückgänge nicht Ursache,
sondern Folge der Wirtschaftskrise

Vor Beginn der Beschäftigungskrisen der Jahre 1974/75 und 1980/82 war die Rentabilität in der Wirtschaft gut. Aus der Rentabilitätshöhe der Jahre 1973 und 1979 sind die beiden schwerwiegenden Beschäftigungseinbrüche in den nachfolgenden Jahren nicht abzuleiten. So sagte zum Beispiel der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Kenntnis der Gewinnlage noch im November 1974 für das Jahr 1975 ein positives Wirtschaftswachstum von 2 Prozent voraus. In Wirklichkeit schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt 1975 um 1,7 Prozent. Die eklatante Fehleinschätzung von insgesamt 3,7 Prozent war vor allem durch einen äußeren Krisenfaktor, nämlich die erste Ölpreisexplosion, verursacht.

1979 hatte die reale Nettokapitalrendite wieder den höchsten Stand seit 1972 erreicht. Ende November 1979 stellte der Sachverständigenrat in seiner damaligen Prognose für das Jahr 1980 fest: „Von daher gesehen bleiben die Voraussetzungen für eine Fortsetzung des Aufschwungs auch über das Jahr 1980 gut.“³ Für 1980 sagte er ein Wirtschaftswachstum von 2,5 bis 3 Prozent voraus. In Wirklichkeit stagnierte das Bruttoinlandsprodukt ab dem zweiten Quartal 1980. So schlecht können also die binnenländischen Gewinn- und Renditebedingungen nicht gewesen sein, sonst hätten die „fünf Weisen“ trotz der Unterschätzung der Auswirkung der zweiten Ölpreisexplosion keine derartig positive Wachstumsentwicklung vorhergesagt. Gezielt geht der Sachverständigenrat auf die damalige Einkommensverteilung ein: „Vor allem aber sind es die gute Investitionskonjunktur und die deutliche Zunahme bei der Beschäftigung, die darauf hindeuten, daß jetzt wohl eine Situation erreicht ist, in der ein aktueller Korrekturbedarf (zugunsten der Gewinne) von der Lohnseite her nicht besteht.“⁴ An anderer Stelle schreibt er: „Andererseits gibt es gute

³ Jahresgutachten 1979/80, Bundestagsdrucksache 8/3420, Textziffer 269, S. 128.

⁴ Ebenda, Textziffer 338, S. 146.

Gründe dafür anzunehmen, daß den Arbeitnehmern für das nächste Jahr eine weitere Verschlechterung ihrer Reallohnposition nicht zugemutet zu werden braucht.“⁵ In Wirklichkeit wurden den Arbeitnehmern in den nachfolgenden fünf Jahren weitere Einkommensopfer auferlegt, und es ist zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Reallohnposition gekommen. Dies hat nichts an dem starken Anstieg und dem hartnäckigen Anhalten der Massenarbeitslosigkeit geändert. An den Löhnen kann es somit offensichtlich nicht gelegen haben.

Aus der Analyse der Höhe und der Entwicklung von Gewinnen und Nettoerrenditen geht hervor, daß im Verlauf der Krisenjahre die Renditen deutlich zurückgingen und Tiefpunkte erreichten. Demgegenüber stiegen sie in den Aufschwungjahren wieder deutlich an und eilten den Lohneinkommen voraus. Damit bestätigt sich wieder einmal eine von Konjunkturforschern seit vielen Jahrzehnten festgestellte Erfahrung über den Gewinn- und Renditeverlauf in Konjunktur- und Wachstumszyklen: die Gewinn- und Renditerückgänge und -tiefpunkte der Vergangenheit waren eine Folge der Wirtschaftskrise - und nicht deren Ursache.

Aus Schaubild 1 ist zu ersehen, daß im Jahre 1986 die Rendite der Unternehmen trotz anhaltender Massenarbeitslosigkeit von 2,2 Millionen registrierten Arbeitslosen und einer stillen Arbeitsmarktreserve von 1,2 Millionen Personen sogar höher liegt als in den Jahren 1971 bis 1973, als die Wirtschaft durchschnittlich um 4 Prozent wuchs und Vollbeschäftigung herrschte. Die Nettokapitalrendite ist heute auch höher als im Jahre 1979, als das Bruttoinlandsprodukt um 4,2 Prozent gesteigert wurde, einer Arbeitslosenzahl von 876 000 immerhin noch 304 000 offene Stellen gegenüberstanden und die Zahl der Erwerbstätigen um 340 000 zunahm. Man kann diesen Vergleich auch in der Größenordnung des Arbeitsvolumens (geleistete Erwerbstätigenstunden) fassen: In den Jahren 1971 und 1979 lag bei niedrigerer Nettokapitalrendite die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 15 beziehungsweise um 5 Prozent höher als 1986.

Lohnniveau keine Ursache für Beschäftigungskrise

Das alles läßt nur einen Schluß zu: Die Ursache der derzeitigen und auf absehbare Zeit anhaltenden Beschäftigungskrise kann nicht auf die Gewinn- und Renditeentwicklung in der Wirtschaft zurückgeführt werden. Und damit ist auch ein angeblich zu hohes Lohnniveau nicht die Ursache für die dauerhafte Beschäftigungskrise. Denn das Lohnniveau ist ja letztlich nur einer der Indikatoren für die Gewinnsituation ebenso wie andere Kostenbestandteile, so die Energie- und Kapitalkosten, Steuern und sonstige Abgaben, Importpreise und andere - ganz abgesehen von der Entwicklung der Gesamtnachfrage. In der Öffentlichkeit nennt man sehr oft die Löhne und meint eigentlich die Gewinne und die Renditen - und die sind eben außerordentlich gut.

⁵ Ebenda, Textziffer 340, S. 146.

Die Argumentation kann vielmehr umgekehrt werden: Zu hohe Gewinne können eine Krisenursache sein. Sie sind es dann, wenn sie zu Lasten der Massenkaufkraft gehen, wenn also eine schwache Gesamtnachfrage zu Wachstums- und Beschäftigungsverlusten führt. Das legt die Schlußfolgerung nahe, daß die Gewinnentwicklung auf einen Punkt laufen kann, an dem die Gefahr besteht, daß die Konjunktur „kaputt verdient“ wird.

Optimale Finanzierungsbedingungen für die Investitionen

Dank der glänzenden Gewinnlage sind die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmensinvestitionen so gut wie nie zuvor. Im Jahre 1986 übertrafen die eigenen Finanzierungsmittel der Unternehmen in Form von Gewinnen (abzüglich Unternehmerkonsum), Abschreibungen und Saldo der Vermögensübertragungen, das sind fast ausschließlich die Investitionszuschüsse des Staates, die Bruttoinvestitionen mit dem bisher höchsten Anteil von 49 Prozent (vergleiche Spalte 6a in Tabelle 3).

Tabelle 3:

Finanzierungsrechnung der Unternehmensinvestitionen (ohne Staat, Landwirtschaft und Wohnungswirtschaft) – in Mrd. DM –

Jahr	①	②	③	④	⑤	⑥	
	Bruttoinvestitionen ¹	Abschreibungen ¹	Saldo der Vermögensübertragungen	Nettoeinkommen ² minus Unternehmerkonsum	eigene Finanzierungsmittel im Unternehmenssektor ②+③+④	eigene Finanzierungsmittel Bruttoinvestitionen	6a ⑤:①
1970	89,9	46,9	5,0	42,4	94,3	105	95
1971	101,9	53,4	6,7	42,3	102,4	100	100
1972	103,8	58,6	7,9	45,8	112,3	108	92
1973	106,1	64,8	8,8	42,3	115,9	109	92
1974	101,6	73,2	10,4	42,2	125,8	124	81
1975	103,7	80,4	11,0	38,2	129,6	125	80
1976	113,8	85,7	15,9	49,1	150,7	132	76
1977	124,2	91,2	16,2	42,5	149,9	121	83
1978	137,1	98,0	15,7	64,1	177,8	130	77
1979	156,5	106,1	18,3	74,9	199,3	127	79
1980	172,8	116,8	18,6	67,5	202,9	117	85
1981	175,5	126,6	18,9	58,8	204,3	116	86
1982	173,4	135,2	20,6	54,2	210,0	121	83
1983	184,8	143,0	21,4	96,7	261,1	141	71
1984	190,5	148,3	24,7	105,4	278,4	146	68
1985	205,2	154,6	23,5	120,3	298,4	145	69
1986	217,9	158,6	23,5 ⁴	142,3	324,4	149	67

1 ohne Landwirtschaft und Wohnungswirtschaft

2 ohne Landwirtschaft, Wohnungswirtschaft, Bundesbahn und Bundespost sowie ohne Vermögenseinkommen der privaten Haushalte

3 ohne Landwirtschaft

4 eigene Schätzung

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Dieser Überschuß der Finanzierungsmittel über die Investitionen in Höhe von 49 Prozent ist jedoch eine Durchschnittsgröße. Bei manchen Selbständigen, etwa bei bestimmten Gruppen von Freiberuflern, fallen deutlich mehr Unternehmenserlösen und Abschreibungen an, als investiert wird. Bei anderen Unternehmen reichen die eigenen Finanzierungsmittel nicht aus, so daß zur Investitionsfinanzierung Kredite aufgenommen werden müssen.

Man kann diesen Sachverhalt auch anders wenden (siehe Tabelle 3, Spalte 6b): Nur 67 Prozent der eigenen Finanzierungsmittel wurden 1986 für Sachinvestitionen verwendet. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war diese Quote so niedrig. Dabei wurde der tatsächliche Unternehmerkonsum von den eigenen Finanzierungsmitteln abgezogen. Seine Höhe wurde also als gegeben hingenommen, obwohl durchaus die Frage gestellt werden kann, ob sein Volumen gerechtfertigt ist und ob nicht die volkswirtschaftliche Verantwortung der Unternehmer eigentlich nicht mehr Sachinvestitionen statt Unternehmerkonsum hätte erwarten lassen. Jedenfalls hat die zu schwache Wiederanlage der unternehmenseigenen Finanzierungsmittel in neue Sachinvestitionen sicherlich zur Abschwächung der Konjunktur 1986/87 beigetragen.

Trotz glänzender Gewinnlage, hoher Kapitalrendite und optimaler Finanzierungsbedingungen werden die Konjunktur und die Investitionstätigkeit auch 1987 zu schwach sein. Trotz optimaler „angebotspolitischer Rahmenbedingungen“ war die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in den letzten Jahren zu kraftlos, um einen Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu bewirken. Die Zahl der Erwerbstätigen war im Jahre 1986 nur um 75 000 höher als 1982, und die Zahl der Arbeitslosen nahm um 395 000 Personen zu. Die angebotspolitische Strategie der Bundesregierung und anderer Neoliberaler hat einen schweren Schlag erlitten.

Da für 1987 ein Rückgang der Ausfuhr erwartet wird, bedarf es somit dringend einer Ankurbelung der Binnennachfrage. Neben der vom DGB immer wieder geforderten staatlichen Investitionsoffensive muß daher der private Verbrauch - ebenso wie in 1986 - zur Stütze der Konjunktur werden.

Der Einkommensverteilungsspielraum des Jahres 1987 ist eben nicht - wie es die Vertreter der Bundesregierung und der Arbeitgeber behaupten - allein durch den Produktivitätszuwachs und den erwarteten Preisanstieg im Jahre 1987 vorgegeben, sondern er ist weitgehend geprägt durch die Gewinnexplosion der letzten Jahre. Deshalb können neben Lohnerhöhungen auch Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich gut verkraftet werden.